

Kein Krieg – kein Blut für Öl !

Medienkonferenz vom 30.1.03 des Bündnisses gegen einen Krieg im Irak

Beitrag von Rita Schiavi, Vizepräsidentin GBI, Vorstandmitglied Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Der geplante Krieg gegen den Irak hätte nicht nur eine humanitäre und politische, sondern auch eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe zur Folge.

Kein Mensch weltweit glaubt heute, dass es bei einem Irakkrieg um Demokratie und Menschenrechte geht. Es geht den USA vielmehr um die Sicherung ihrer Vormachtstellung auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Es geht ihr um eine langfristige Absicherung der Profite ihrer Erdölmultis. Dies wollen die USA durch die Installation von US-treuen Regimes – unabhängig davon, wie diktatorisch diese auch sind - erreichen. Bei demokratischen Regierungen besteht die „Gefahr“, dass sie die Einnahmen aus den Erdölressourcen statt den privaten Konzernen ihren Bevölkerungen zur Verfügung stellen und die Armut in ihren Ländern bekämpfen!

Die USA und Grossbritannien geben Milliarden für ihre Rüstung und für den bevorstehenden Krieg aus, haben aber kein Geld für die Bekämpfung der Armut in ihren eigenen Ländern.. In den USA ist dies denn auch eines der stärksten Argumente gegen den Krieg.

Die Kosten eines Krieges bezahlen in erster Linie die Menschen im Irak mit ihrem Leben, mit der Zerstörung ihrer Umwelt, mit unsäglichem Leid und Elend. Die Kosten bezahlen aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Bevölkerung in Europa, Lateinamerika, in Japan und den USA. Die Gelder, die in den Krieg und die massiv erhöhten Rüstungsausgaben fließen, fehlen für die soziale Sicherheit und die Bekämpfung der Armut. Die parasitäre US-Ökonomie hat verschiedene Mechanismen entwickelt, um die Länder des Südens auszusaugen und auch aus Japan und Europa Ressourcen abzuziehen. Deshalb bezahlen letztlich die Arbeitnehmenden dieser Länder auch den Irakkrieg der USA, welcher dazu dient, die militärische und ökonomische Vormachtstellung der USA zu sichern.

Sozialer Fortschritt, soziale Reformprozesse werden gebremst und verhindert, wenn es den Europäern nicht gelingt, sich von der politischen Abhängigkeit der USA zu emanzipieren.

Krieg und Angst vor Terrorismus dienen nicht nur in den USA als Vorwand, die demokratischen Rechte einzuschränken. Wir werden uns ganz entschieden gegen jeglichen Versuch zur Wehr setzen, das Recht auf Meinungsäusserungs-, Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht einzuschränken.

Dieser Krieg ist keine Antwort auf den Terror, er wird eher das Gegenteil bewirken. Dieser Krieg verschärft die bisher ungelösten Probleme weltweiter sozialer Ungerechtigkeit, von Hunger, Armut und wird auch die weltweite Wirtschaftskrise verschärfen. Nur die Beseitigung der weltweiten sozialen Ungerechtigkeit wird in Zukunft ein friedliches Zusammenleben auf dieser Welt sichern. Die GBI wendet sich deshalb entschieden gegen den Irakkrieg, ob mit oder ohne UNO-Mandat, und ruft ihre Mitglieder auf, an der Anti-Kriegs-Demonstration vom 15. Februar in Bern teilzunehmen. An seiner gestrigen Vorstandssitzung hat auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund einstimmig beschlossen, die Kundgebung „Nein zum Krieg gegen Irak – Kein Blut für Öl!“ zu unterstützen und seine Mitglieder zur Teilnahme aufzurufen.